

Der Nazi-«Tag der deutschen Zukunft» (TddZ) suchte Karlsruhe heim

Widerstand gegen Rechtsentwicklung

Karlsruhe kam in diesem Jahr bereits mit der Legitimierung der NPD durch das Bundesverfassungsgericht in die Schlagzeilen. Vor diesem Hintergrund konnten am 3. Juni 2017 im Rahmen der Neonazi-Kampagne »TddZ« 300 politische Nachkommen von SS und NSDAP durch den Ortsteil Durlach unter dem Schutz von bis zu 4.000 Polizisten marschieren.



Tausende auf der Gegenkundgebung

Alle Fotos: www.beobachternews.de

Dagegen erhob die VVN-BdA Kreisorganisation die Forderung, diesen Aufmarsch zu verbieten. Sie erklärte, dass der Anmelder, die Partei »Die Rechte« wesentliche Inhalte des Programms der NSDAP propagiert, es drohen am 3. Juni 2017 permanent Verstöße wegen Volksverhetzung, »Aufforderung zu Straftaten« und Störung des öffentlichen Friedens,

denn Teilnehmer und Redner sind einschlägig vorbestraft und zugleich Wiederholungstäter. Nachkommen antifaschistischer Widerstandskämpfer wandten sich an Oberbürgermeister und Gemeinderat: »Wir sind Kinder bzw. Enkel von Widerstandskämpfern gegen die Nazis vor und nach 1933. ... Wir erwarten von der Stadt Karlsruhe, dass sie den Aufmarsch

der neuen Nazis am 3. Juni 2017 verbietet ... Das ist die Stadt Karlsruhe allen Widerstandskämpfern, auch unseren Angehörigen, schuldig«.

Stadt und Polizeipräsidium aber schrieben im Vorfeld in einem gemeinsamen offenen Brief, dass aus ihrer Sicht Nazis ein verfassungsmäßiges Recht auf ihre Propaganda hätten. Ein Verbot komme daher nicht in Frage.

Nach Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup (SPD) habe Karlsruhe den faschistischen Aufmarsch »hinnehmen« müssen (Stadtzeitung, 02.06.2017).

Von der Kundgebungsbühne der Stadt kamen am 3. Juni 2017 verbale Distanzierungen von mutmaßlichen linken »Gewalttätern«. Diese Spaltung des Protests folgte der sogenannten »Extremismustheorie«. Damit wurde das von 154 Organisationen nachdrücklich erklärte Ziel des Verhinderns delegitimiert und mit Verweis auf eine mutmaßliche »Gewaltbereitschaft« kriminalisiert.

Der Naziaufmarsch wurde von einem Großaufgebot an Einsatzkräften gewährleistet, wie ihn Baden-Württemberg seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Zur Demo des DGB konnten zwar 4.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen mobilisiert

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

werden, das waren genug, um den Naziaufmarsch zu verhindern, sie nahmen aber eine parallele Route außer Hör- und Sichtweite der Nazis. Auf der anderen Seite der Naziroute wurde regelrecht Jagd gemacht auf junge Antifaschistinnen und Antifaschisten. Augenzeugen berichten

von Prügelorgien und grundloser Gewalt von Seiten der Polizei.

Mit diesem sogenannten »Tag der deutschen Zukunft« hat die Partei »Die Rechte« ihre Strukturen im Süden der Bundesrepublik gestärkt. Die Spaltung der antifaschis-

tischen Gegenbewegung und die reine Symbolhaftigkeit der »bürgerlichen Mitte« machte den Nazis den Weg frei. Wie schon das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigte, werden rechte Strukturen geschont, ihnen Freiräume gewährt, damit sie bei Bedarf erneut – wie schon im »Dritten Reich« – zur terroristischen Durchsetzung ökonomischer Interessen zur Verfügung stehen könnten.

VVN-BdA KV Karlsruhe



70 Jahre VVN

Vor 70 Jahren wurde die VVN in Baden-Württemberg gleich dreimal gegründet – in jedem der drei Länder, die durch die Aufteilung der Besatzungsmächte zunächst entstanden waren: In Stuttgart für Württemberg-Baden, in Tübingen für Südwürttemberg-Hohenzollern und in Freiburg für Südbaden. In jeder der drei Städte wollen wir in diesem Jahr unsere Gründungstage feiern.

Die erste Veranstaltung wird in Stuttgart stattfinden, und zwar in demselben Saal, in dem die VVN 1947 gegründet wurde. Aus dem damaligen Gasthaus »Rebstöckle« ist heute das »Linke Zentrum Lilo

Herrmann« geworden, benannt nach der Stuttgarter Widerstandskämpferin, die 1938 von den Nazis hingerichtet wurde.

Herzliche Einladung zur Matinee am Sonntag, den 3. September 2017, 11 bis 14 Uhr, »Linkes Zentrum Lilo Herrmann« Böblinger Str. 105 Stuttgart-Heslach (Stadtbahnlinien 1 und 14, Erwin-Schoettle-Platz)

Wichtiger Hinweis: Der in den antifa nachrichten angegebene Termin (10.9.) wurde geändert!

Viele Anwohner und Anwohnerinnen unterstützten die Proteste

